

„Zu viele Talente kommen nicht zum Zug“

Wahlrecht für Migranten nach drei Jahren wäre auch ökonomisch ein positives Signal, meint Raiffeisen-Banker **Georg Kraft-Kinz**. Die aktuelle Politik gehe aber in die andere Richtung, sagte er zu **Irene Brickner**.

STANDARD: Sie stehen dem Verein Wirtschaft für Integration vor, der in einer vergangenen Woche lancierten Petition (siehe Artikel unten) Wahlrecht und andere politische Rechte auch für Ausländer einfordert. Warum?

Kraft-Kinz: Weil es ein zentrales Thema ist: Wer an der Gesellschaft nicht teilnimmt, kann nicht mitgestalten – ich hingegen will, dass In- und Ausländer, die sich engagieren wollen, auch die Möglichkeit dazu haben: als aktive Wähler, aber auch passiv, als Mandatäre. Derzeit ist die österreichische Gesellschaft zu sehr auf Einheimische ausgerichtet. Von Einwanderern fordern wir Integration, dabei müsste es um Partizipation gehen.

STANDARD: Um Partizipation statt Integration?

Kraft-Kinz: Nein, um Partizipation als Weiterentwicklung des Inte-



Vielkritisierte neue Staatsbürgerschaftsnovelle: Auch aus Sicht des Vereins Wirtschaft für Integration sind die Einkommensgrenzen zu hoch.

Fotos: APA / Fohringer, DER STANDARD

grationsgedankens. Wer fähig ist, zu partizipieren, ist integriert.

STANDARD: Voraussetzung dafür wäre, Einwanderern früher als derzeit politische Rechte zu verleihen.

Kraft-Kinz: Stimmt, daher unsere Forderung nach Wahlrecht für alle, die länger als drei Jahre in Österreich wohnen – auch im Bund.

Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der Wertschätzung.

STANDARD: Hätte ein solches Wohnsitzwahlrecht nach drei Jahren auch einen ökonomischen Effekt?

Kraft-Kinz: Ja, einen positiven. Österreich würde sich dadurch im Wettbewerb um Migranten weltweit abheben. Doch leider haben wir für Derartiges in Österreich noch zu viel Angst.

STANDARD: Woher kommt die?

Kraft-Kinz: Aus dem Misstrauen gegen Neues. Wir sind eine biedermeereske Gesellschaft, die seit 1919 aus dem Vertrag von St. Germain ein Trauma mit sich trägt. Damals schrumpfte Österreich von einem Vielvölkerstaat zu einem Mini-Binnenland. Damit endete die Internationalität der Monarchie, so schwierig sie war. Die Selbstverständlichkeit, mit der wir heute in unserer durch Einwanderung vielfältigen Gesellschaft eine einseitige politische Vertretung aufrechterhalten, stammt daher.

STANDARD: Der Zugang zu politischen Rechten wird auch durch die Staatsbürgerschaftsnovelle nur wenig erleichtert werden.

Die hohen Einkommenshürden werden nicht gesenkt. Was sagen Sie dazu?

Kraft-Kinz: Ich bin sehr für die schnellere Einbürgerung. Die hohen Einkommensgrenzen hingegen sehe ich kritisch. Hoffentlich entsteht aufgrund unserer Petition hier eine Diskussion.

STANDARD: Sollte eine schnellere Einbürgerung für alle potenziellen Einwanderer offenstehen?

Kraft-Kinz: Absolut. Die Aussicht darauf sollte Anreiz geben, in Österreich Wohnsitz zu begründen, mitzuarbeiten und Steuern zu zahlen.

STANDARD: Die Rot-Weiß-Rot-Card hätte viele qualifizierte Migranten nach Österreich bringen sollen. Gekommen sind wenige. Woran lag das?

Kraft-Kinz: Am vorzuweisenden Einkommen. Auch hier sind die Grenzen viel zu hoch: 2000 Euro brutto monatlich, das ist elitär. So sah es vor wenigen Tagen übrigens auch Arbeitsminister Rudolf Hundstorfer im Gespräch mit uns. Die Einkommens-

grenzen müssen herabgesetzt werden. Das wäre kein Sozialdumping, sondern der Versuch, im internationalen Wettbewerb jungen Leute eine Chance in Österreich zu eröffnen.

STANDARD: Wen genau braucht die österreichische Wirtschaft?

Kraft-Kinz: Vor allem Fachkräfte. Hier ist der Bedarf aus Einheimischen und in Österreich lebenden Migranten nicht abdeckbar.

STANDARD: Weshalb?

Kraft-Kinz: Wegen des österreichischen Bildungsproblems. Die gläsernen Decken wölben sich über Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien nach wie vor, einheimischen wie migrantischen. Zu viele Talente kommen in Österreich nicht zum Zug, denn wir geben im Schulsystem der Vielfalt keine Chance.

STANDARD: Gilt das auch für die sprachliche Vielfalt? In der Petition treten Sie für die Förderung der Mehrsprachigkeit ein.

Kraft-Kinz: Die Förderung der Mehrsprachigkeit ist in Schulen wie im öffentlichen Dienst Gebot der Stunde. Immer noch wird vielerorts alles außer Englisch und Französisch, die sogenannten Elitesprachen, abgewertet. Das ist inakzeptabel. Mein Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich in der U-Bahn unter Deutschsprechenden kein Misstrauen verbreitet, wenn eine Mutter mit ihrem Kind Serbisch spricht. Sondern wo, wie in New York, niemand reagiert, wenn ich mit Frau und Kindern Deutsch rede.

STANDARD: Was ist eigentlich Raiffeisens Beitrag zum Thema Integration?

Kraft-Kinz: Raiffeisen in Wien hat 2008 als erste Bank begonnen, sehr offensiv um Kunden und MitarbeiterInnen mit Migrationsgeschichte zu werben und trägt als Hauptsponsor die Infrastruktur des Vereins Wirtschaft für Integration.

GEORG KRAFT-KINZ (50) stammt aus der Steiermark, hat in Graz Jus studiert und arbeitet seit 1995 für die Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien. Seit 2010 ist er dort Generaldirektor-Stellvertreter.



Kraft-Kinz: gläserne Decke bei der Bildung.

Petition für mutigere Integration

Wirtschaftstreibende starteten Online-Aufruf an Politik

Wien – Bis Freitag hatten 732 Menschen die Petition unterschrieben, das Ziel sind 10.000 Unterstützer. Unter dem Titel „Chancengleichheit jetzt: Für mutige Reformen in der Integrationspolitik“ startete der von der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien gesponsorte Verein Wirtschaft für Integration (VWFI) die Initiative. Ziel der Initiative, die vom Vizegeneraldirektor der Raiffeisenlandesbank NÖ-Wien und vom Teppich-Großhändler Ali Rahimi repräsentiert wird, ist es, „Politikerinnen und Politiker zu ermutigen, sich für eine vorwärtsgerichtete Auseinanderset-

zung mit dem Thema Zusammenleben zu entscheiden“.

Die Petition umfasst sechs Punkte. Gefordert werden „politische Partizipation für alle“ durch Einführung eines Wohnsitzwahlrechts nach drei Jahren, mehr Einwanderer in der Politik, Chancengleichheit im Bildungssystem, vereinfachter Arbeitsmarktzugang für Drittstaatsangehörige sowie ein positiver Umgang mit Diversität und Mehrsprachigkeit in Österreich. Dazu will man Gespräche mit verantwortlichen Politikern führen. (bri)

www.vwfi.at

SCHWERPUNKT
Integration als Thema im Wahljahr

Gewinnspiel

Festival der Regionen 2013 / Umgraben Eferding, 7. bis 16. Juni



Gewinnen Sie mit dem STANDARD 5 x 2 Karten für die Aufführung des Theaterstücks „Ads (Eferding)“ der New York City Players.

Unter dem Motto „Umgraben“ erforscht das Festival der Regionen die oberösterreichische Stadt Eferding und beackert sie künstlerisch. 38 Projekte wollen ungewöhnliche Perspektiven auf das Gewohnte hervorheben und einen Boden für neue künstlerische Pflanzungen aufbereiten. Im Theaterstück „Ads“ sprechen 20 EferdingerInnen ihre persönlichen Überzeugungen öffentlich aus.

„Ads (Eferding)“
Freitag, 14. Juni, 20.00 Uhr
Kellergewölbe Schloss Starhemberg
4070 Eferding, Infos: www.fdr.at

Gewinnfrage:

Welcher bekannte österreichische Wissenschaftler heiratete die Eferdinger Bürgerin Susanna Reutinger?

1. Johannes Kepler
2. Hans Kelsen
3. Ernst Mach

Einsendeschluss:
Mittwoch, 12. Juni 2013
derStandard.at/Gewinnspiele

Teilnehmen unter:
DER STANDARD, Gewinnspiel
Vordere Zollamtsstraße 13, 1030 Wien
E-Mail: quiz@derStandard.at
Formular: derStandard.at/Gewinnspiele
Fax: 01/531 70-9216
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Zeitung für Leser

Der Staat als „Firma mit sozialen Aufgaben“

Integrationsstaatssekretär Kurz holt sich Tipps im Einwanderungsland Singapur

Saskia Jungnickl

Singapur – Auswanderer wollen nach Singapur. Der Stadtstaat ist das Ziel Nummer eins für Migranten, das belegt eine Analyse des US-amerikanischen Gallup-Instituts aus dem Jahr 2010. Über fünf Millionen Menschen leben in der Stadt, trotz der rückläufigen Geburtenrate hat sich die Zahl der Einwohner in den vergangenen dreißig Jahren verdoppelt.

Jeder dritte Einwohner ist Ausländer. Und die Regierung verfolgt eine strikte Politik, um Einwanderer aus den unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu integrieren – egal, ob im Wohnungsmarkt oder bei der Bildungspolitik.

Österreichs Einwanderungspolitik habe bisher nicht den gewünschten Erfolg gebracht: Es brauche Konzepte, und die Idee der gesteuerten Zuwanderung wie in Singapur sei interessant, befindet Österreichs Integrationsstaatssekretär Sebastian Kurz. Er besucht daher den Stadtstaat mit Kabinettsmitarbeitern und Journalisten.

„Es ist zumindest ein spannender Gedanke, einen Staat wie ein Unternehmen zu führen“, sagt Kurz. „Als Firma mit sozialen Aufgaben.“ Was Österreich ähnlich machen könnte: Singapur wirbt im Ausland gezielt um hochqualifizierte Arbeitnehmer. Allerdings wird das streng gehandhabt: Ist der Arbeitsplatz weg, muss das Land verlassen werden. Ein Banker hat nach Jobverlust 14 Tage Zeit, um das Land zu verlassen.



Sebastian Kurz vor den Dächern von Singapur.

Foto: BMI

Haushaltshilfen müssen Schwangerschaftstests durchführen. Ist er positiv, muss ausgereist werden.

Die Regierung achtet streng darauf, dass sich die Bevölkerungsstruktur nicht zugunsten einer ethnischen Gruppe verschiebt. Um eine Chettobildung zu vermeiden, wird jede soziale Wohnsiedlung nach einem ethnischen Schlüssel aufgeteilt: 72 Prozent Chinesen, 14 Prozent Malaien, acht Prozent Inder. Zieht ein Chinese aus, kommt ein neuer nach.

Kurz sieht darin einen „Lernungseffekt, den sozialer Wohnbau haben sollte und muss“. Auch der starken Durchmischung schon in der Grundschule kann Kurz etwas abgewinnen, der den Besuch einer Volksschule auf seinem Besuchsprogramm hatte. Außerdem traf er Minister und religiöse Führer zu Gesprächen.

Kurz will nun in Österreich neue Regelungen vorantreiben, um vor allem hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland ins Land zu holen. Die Reise erfolgte auf eine Einladung des Integrationsstaatssekretariats.